

## Presseinformation 49/2023

# Wind im Wald stärker ausbauen

**Der neue Waldschadensbericht der Landesregierung zeigt erneut die Notwendigkeit, den Klimaschutz in der Vordergrund der Landespolitik zu stellen. 82,5 % geschädigter Bäume in Rheinland-Pfalz sei ein deutliches Warnzeichen, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt und der Landesverband Solarenergie. Klimawandel könne nicht durch Reden und Kompromisse bekämpft werden, sondern nur mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen, so die Verbände.**

Der Wind- und Solarenergieausbau in Rheinland-Pfalz sei immer noch nicht ganz oben auf der Prioritätenliste der rheinland-pfälzischen Ampel angekommen. Nicht Wind- oder Solaranlagen seien für den Artenrückgang, Waldschäden oder Ernteauffälle verantwortlich zu machen, sondern der einsetzende Klimawandel. Seit Jahren weist der Wirtschaftsverband darauf hin, dass Windräder im Wald keine Naturzerstörung darstellen, sondern ein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz.

Jetzt habe Klimaschutzministerin Katrin Eder mitgeteilt, dass *„aus Sicht der Landesregierung die klare Notwendigkeit eines beschleunigten Ausbaus der Erneuerbaren Energien besteht. Hinsichtlich des ambitionierten Ziels der Ausweisung von Windenergievorrangflächen auf 2,2 Prozent der Landesfläche wird daher auch das Biosphärenreservat Pfälzerwald allein aufgrund seiner Größe und örtlich gegebener Windhöflichkeit in den Blick zu nehmen sein.“*

Vorausgegangen war eine Kleine Anfrage des parteilosen Landtagsabgeordneten Andreas Hartenfels aus Kusel, der sich den Aktivitäten des Verbandes für Wirtschaft und Umwelt sowie des örtlichen Klimastammtisch Grünstadt-Leiningerland angenommen hat. Der Klimastammtisch fordert seit langem die Öffnung des weitestgehend waldlosen Gebietes des Grünstadter Berges am Rande des Pfälzerwaldes für Windkraftanlagen. Die Ministerin führt aus, dass das Land die Auffassung des MAB-Nationalkomitees unterstütze, Windenergieanlagen im UNESCO-Biosphärenreservat Pfälzerwald in vorbelasteten Bereichen außerhalb der bewaldeten Flächen als Ausnahme zuzulassen. Jetzt müsse die Ministerin ihren Reden auch Taten folgen lassen und die Landesverordnung für das Biosphärenreservat für den Windkraftausbau öffnen, so die Verbände.

Auch Innenminister Michael Ebling äußerte sich kürzlich in einer Ausschusssitzung des Landtages zum Ausbau der Windenergie. Er forderte die Kommunen mit Windkraftplanungen, bei denen die übergeordnete Regionalplanung noch entgegen stehe, sich im sogenannten Gegenstromverfahren um die Ausweisung von potentiellen Windkraftflächen im örtlichen Flächennutzungsplan zu bemühen. Damit könnten die Flächenausweisungen auf allen Planungsebene beschleunigt werden.

**Neustadt a.d.W | Ebertsheim, den 11. Dez. 2023**